Wirtschafts- und Währungspolitik

PETER-W. SCHLÜTER

Nach einer mehrjährigen Periode der Stagnation hat sich die Wirtschaftskonjunktur in der Gemeinschaft im Jahre 1983 deutlich belebt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg wieder und wird 1984 noch kräftiger expandieren. Während sich die Inflation weiter verlangsamte und erneut Erfolge bei der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes erzielt wurden, ließ sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht eindämmen; die Arbeitslosenquote wird auch 1984 kaum zurückgeführt werden, und nur einige Mitgliedsländer dürften auf dem Arbeitsmarkt eine Trendwende verzeichnen können.

Der Aufschwung kam in vielen Ländern der Gemeinschaft ohne nachfragestützende Programme in Gang. Die Konjunkturerholung war dort am ausgeprägtesten, wo die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte am überzeugendsten vorankam[1]. Die Wiederbelebung der Wirtschaft ging einher mit einer bemerkenswerten Annäherung in der Grundausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die zunehmende Übereinstimmung über die wirtschaftspolitischen Prioritäten der Geldwertstabilität, der Haushaltskonsolidierung und der Förderung der marktwirtschaftlichen Kräfte begünstigte nicht nur den wirtschaftlichen Erholungsprozeß, sondern wirkte sich auch stabilisierend auf das Wechselkursgefüge im Europäischen Währungssystem (EWS) aus. Das fünfjährige Bestehen dieses Währungsverbundes am 13. März 1984 gab Anlaß zu einer insgesamt positiven Bilanz der monetären Zusammenarbeit in der Gemeinschaft. Dabei blieben nicht die besonderen Umstände außer Acht, insbesondere die Stärke des US-Dollar, die zur Milderung von Wechselkursspannungen im EWS trotz weiterhin unzureichender Konvergenz beitrugen. Die Bestrebungen, die Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten enger aufeinander abzustimmen und gemeinschaftliche Lösungen zu finden, waren stärker denn je von Realismus geprägt. Sowohl in den gemeinschaftlichen Strategien zur Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation als auch in den Orientierungen zur Weiterentwicklung des EWS überwog die Grundüberzeugung, daß gemeinschaftliche Lösungen nur in einer besseren wirtschaftspolitischen Konvergenz in Richtung auf höhere Geldwertstabilität zu finden sind. Einzelne Vorstöße, wie etwa die Kommissionsvorschläge zur Förderung der privaten ECU-Verwendung oder die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Ausbau des EWS konnten diesen Gesamteindruck nicht wesentlich abschwächen.

Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung

Seit der Jahreswende 1982/83 befindet sich die Weltwirtschaft wieder in einer Aufschwungphase, freilich mit großen regionalen Unterschieden. Während sich die Konjunktur in Nordamerika und Japan deutlich belebte, setzte die wirtschaftliche Erholung in Europa nur langsam und zögernd ein. Die Wachstumsdynamik der Gemeinschaft blieb mit einer Rate von + 1,0 % weit hinter den Zuwächsen der USA (+ 3,5 %) und Japans (+ 3 %) zurück. Auch innerhalb der Gemeinschaft fiel die Wiederbelebung uneinheitlich aus. Der relativ günstigen gesamtwirtschaftlichen Erholung in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien sowie in Dänemark und den Niederlanden stand eine teilweise ausgeprägte Verschlechterung der Wirtschaftslage in Frankreich, Italien sowie den übrigen Ländern gegenüber.

Der bisherige Aufschwung wurde überwiegend vom privaten Verbrauch, vom Wohnungsbau und von der Lagerbildung getragen. Die Investitionen blieben dagegen schwach und auch die Ausfuhr trug erst in der zweiten Jahreshälfte zur Konjunkturerholung bei. Jüngste EG-Umfragen bei Unternehmern und Verbrauchern[2] zeigen eine deutliche Besserung der wirtschaftlichen Einschätzung und signalisieren zunehmendes Vertrauen in die Konjunkturentwicklung. Die Investitionsabsichten in der verarbeitenden Industrie sind für 1984 erstmals wieder positiv, nachdem im Vorjahr die Investitionen noch real zurückgegangen waren. Die EG-Kommission rechnet für die Gemeinschaft mit einem Wachstum des realen Brutto-Inlandsprodukts um 2 %.

Die Gemeinschaft machte im abgelaufenen Jahr erneut Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation. Der Preisauftrieb verringerte sich auf 7,3 % gegenüber 9,8 % in 1982 und mehr als 11 % in 1981 und dürfte sich im Jahr 1984 weiterhin beruhigen. Auch die Inflationsdifferenzen zwischen den Mitgliedsländern gingen abermals zurück. Wiesen 1982 noch fünf EG-Länder eine Preissteigerungsrate von über 10 % auf, so waren es 1983 nur noch drei Länder (GR, I, IR), während die Preissteigerungen in den übrigen Ländern innerhalb einer Spanne von 2,8 % (NL) und 9,6 % (F) lagen. Die zunehmende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte trug dazu bei, daß das staatliche Finanzierungsdefizit in der Gemeinschaft (in v.H. des BIP) mit 5,7 % in 1983 kaum noch anstieg und sich 1984 voraussichtlich erstmals seit mehreren Jahren wieder verringern wird. Von der damit verbundenen Kürzung staatlicher Investitionsausgaben gingen allerdings auch kontraktive Einflüsse auf die Wirtschaftskonjunktur aus. Weitere Fortschritte machte die Gemeinschaft schließlich auf dem Wege zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht. Sie erzielte 1983 erstmals wieder einen leichten Leistungsbilanzüberschuß, den sie im laufenden Jahr noch weiter ausbauen dürfte. Im Gegensatz zu den Vorjahren war 1983 das Leistungsbilanzergebnis der meisten EG-Länder weitgehend ausgeglichen.

Der anhaltend hohe Stand der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft – die Zahl der Arbeitslosen belief sich Anfang 1984 auf insgesamt 12,8 Millionen –

steht in scharfem Kontrast zu dem günstigeren Konjunkturbild, wobei sich zunächst nur für Deutschland und das Vereinigte Königreich eine Wende zum Besseren abzeichnet. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 1983 mit 10,6 % etwa einen Prozentpunkt über der des Vorjahres und dürfte auch 1984, trotz der erwarteten höheren Rate des wirtschaftlichen Wachstums, auf diesem Niveau verharren.

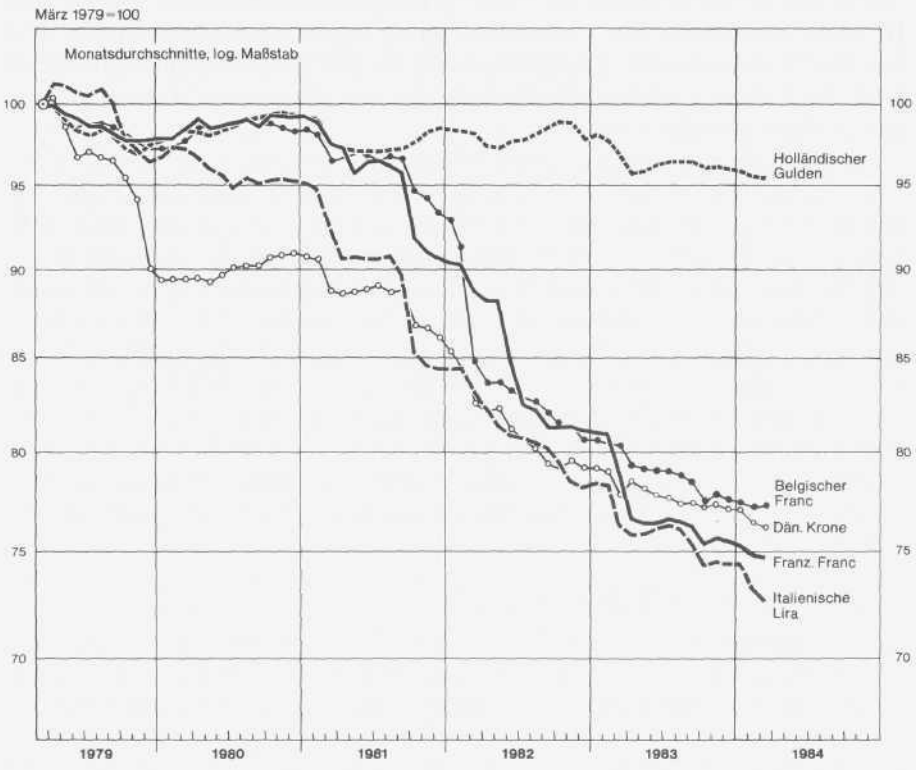
Im Vergleich zum Vorjahr verlief 1983 die Wechselkursentwicklung im EWS relativ ruhig. Dies war nicht nur eine Folge verbesserter Konvergenzbedingungen in der Gemeinschaft. Nach der Wechselkursneuordnung vom März 1983 verharrte die DMark, u.a. infolge umfangreicher Geld- und Kapitalabflüsse aus der Bundesrepublik, bis zum Herbst in einer Schwächeposition, wodurch sich die anhaltenden wirtschaftlichen Divergenzen zwischen den EWS-Partnern nur vergleichsweise wenig bemerkbar machen konnten. In der inzwischen über einjährigen Periode unveränderter Leitkurse kam es im EWS darüber hinaus lediglich zu zeitweiligen Spannungen um den belgischen Franc. Infolge der relativ ruhigen Wechselkursentwicklung betrug die durchschnittliche Aufwertung der DMark gegenüber allen anderen Verbundwährungen lediglich insgesamt 5 1/2 %; in den fünf Jahren seit Inkrafttreten des EWS belief sie sich auf knapp 25 %.

Schwerpunkte nationaler Wirtschaftspolitik

Die insgesamt positive Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit und der wirtschaftlichen Erwartungen in der Gemeinschaft ist hauptsächlich günstigeren Rahmenbedingungen zu verdanken. Entscheidend für die konjunkturelle Wende dürfte gewesen sein, daß sich die Wirtschaftspolitik wieder stärker an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert[3]. Die auf höhere Stabilität gerichtete Geldpolitik und die auf den Abbau der übermäßigen Haushaltsdefizite zielende Finanzpolitik haben den Anpassungsprozeß bei zunehmender Konvergenz der Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten weiter vorangetrieben.

Der vom EG-Ministerrat Ende 1983 verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht sieht in der zunehmenden Konvergenz das wichtigste Merkmal der jüngsten makroökonomischen und finanzpolitischen Entwicklung der Gemeinschaft[4]. Wenngleich noch nicht alle Indikatoren Fortschritte anzeigen, so gibt es zwischen den Mitgliedstaaten über die kurzfristigen Erfordernisse ebenso wie über die grundsätzlichen Anpassungsnotwendigkeiten einen breiten Konsens. Diese Übereinstimmung erwies sich vor allem bei der Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben und der Besteuerung mit dem vorrangigen Ziel, die Investitionen zu fördern, im Zusammenwirken der Sozialpartner bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie in der Rücknahme des Staatseinflusses auf die private Wirtschaft. Die Mitgliedstaaten konnten den Anstieg der öffentlichen Gesamtausgaben angesichts des langen Bremsweges finanzpolitischer Umstrukturierungen zwar noch nicht zum Stillstand bringen. Die öffentlichen Ausgaben stiegen aufgrund der anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage und der daraus resultierenden Unterstüt-

Tabelle 1: Außenwert der EWS-Währungen gegenüber der Deutschen Mark



zungszahlungen, infolge von Programmen zur Arbeitsplatzbeschaffung und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowie aufgrund des höheren Schuldendienstes weiter an. Allerdings wurden laufende Transferzahlungen merklich gekürzt, während die Ausgaben für öffentliche Investitionen z.T. erheblich (F, GR) aufgestockt wurden. In einigen Ländern wurden private Investitionen verstärkt durch Steuerbegünstigungen von Abschreibungen (F, IT, NL) und Risko-Kapitalbildung (F, B, VK, D) gefördert, Subventionen für unrentable Sektoren und die Finanzierung der Betriebsverluste verstaatlichter Unternehmen eingeschränkt (VK). Besondere Anstrengungen wurden unternommen, um die Steuerlast zu verringern und die in Europa im Vergleich zu anderen Industrieländern außerordentlich hohen Sozialversicherungskosten zu begrenzen.

Zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit trug auch die Einkommenspolitik bei. Durch Entschärfung von Indexierungsregeln (B, IT, DK, NL, L), restriktive Einkommenspolitik im öffentlichen Sektor (D, NL, VK) und insgesamt zurückhaltende Tarifabschlüsse gelang es den meisten EG-

Ländern, den Lohnkostenanstieg merklich zu bremsen. Der durchschnittliche nominale Anstieg der Pro-Kopf-Löhne der unselbständig Beschäftigten in der Gemeinschaft konnte gegenüber seiner Höchstrate von 13 % im Jahre 1980 auf rd. 7 % im Jahre 1983 abgeschwächt werden. Wachsende soziale Unruhen und nicht-kostenneutrale Forderungen im Zusammenhang mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit dürften weitergehende Bemühungen um eine Dämpfung der Lohnkostenentwicklung freilich eher erschweren.

Ebenso wie die Haushalts- und Lohndisziplin trugen Maßnahmen zur Einschränkung der wirtschaftlichen Kosten staatlicher Interventionen dazu bei, das Produktionspotential zu stärken und die Ressourcen-Allokation im öffentlichen und privaten Sektor zu verbessern. Beispiele dafür sind die Lockerung des Mietrechts in Deutschland, die Lockerung der Bedingungen für die Einstellung von Arbeitskräften in Italien, flexible Arbeitszeitregelungen in Belgien, die Einführung von nur wenig reglementierten Unternehmenszonen und die Privatisierung staatlicher Unternehmen in Großbritannien und in den Niederlanden ein großangelegtes Programm zur Reform von Gesetzen, die wirtschaftliche Tätigkeiten behindern. Gleichwohl gibt es in allen Wirtschaftszweigen weiterhin ein breites Spektrum restriktiver Regelungen, die den Wettbewerb und die Innovationsfähigkeit beschränken und die auf ihre wirtschaftliche und soziale Rechtfertigung hin überprüft werden sollten.

Mit der Einigung über eine abgestimmte Schrumpfung der hoch subventionierten Stahlindustrien und eine Drosselung der Agrarüberproduktion haben die Mitgliedsländer zugleich die Weichen in Richtung auf eine gemeinsame Förderung zukunftsorientierter Spitzentechnologien, vor allem im Bereich der Elektronik, gestellt.

Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Wirtschaft schwenkte 1983 auf einen klaren Wachstumspfad ein und konnte den tiefen Einbruch des Vorjahres wieder wettmachen. Günstigere Absatz- und Ertragsaussichten ermutigten die Unternehmer erstmals seit zwei Jahren zu verstärkten Investitionen in Produktionsanlagen. Die Bundesregierung sieht sich mit dieser Entwicklung in ihrem wirtschaftspolitischen Kurs bestätigt, der vor allem darauf gerichtet ist, das Vertrauen in der Wirtschaft zu festigen und durch dauerhaftes und stabiles Wachstum die Voraussetzungen für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit zu schaffen[5].

Der wirtschaftliche Erholungsprozeß und seine Dynamik sind vor allem ein Erfolg der finanzpolitischen Strategie, den strukturellen Kern der Haushaltsdefizite, hauptsächlich durch Ausgabeneinsparungen, zurückzuführen. Die Haushaltskonsolidierung wirkte sich entlastend auf die Finanzmärkte aus und erleichterte damit das Finanzierungskalkül der Wirtschaft. Infolge geringeren Ausgabenanstiegs und kräftigeren Einnahmenanstiegs verkleinerten sich die Deckungslücken; der Nettokreditbedarf des Bundes fiel mit 31 1/2 Mrd. DMark um 9 1/2 Mrd. DMark niedriger aus als im Haushalt veranschlagt. Die

Tabelle 2: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die EG-Länder
Jahresdurchschnitt bzw. Jahreswert

Land/Zeitraum		Lebenshaltungskosten Zunahme gegen Vorjahr in %	Langfristige Zinsen[1] in % p.a.	Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. US-$	Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP/BSP	Reales BIP/BSP Veränderung gegen Vorjahr in %	Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsbevölkerung	Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte[2] in % des BIP/BSP
BR Deutschland	1981	5,9	10,1	−5,7	−0,8	−0,3	4,7	−3,9
	1982	5,3	8,9	3,5	0,5	−1,1	6,8	−3,5
	1983	3,0	8,1	4,0	0,6	1,3	8,4	−3,0
Frankreich	1981	13,4	16,3	−4,8	−0,8	0,3	7,8	−1,8
	1982	11,8	16,0	−12,1	−2,2	1,6	8,7	−2,6
	1983	9,6	14,4	−4,3	−0,8	0,4	8,9	−3,4
Großbritannien	1981	11,9	14,7	13,7	2,7	−1,3	9,6	−2,7
	1982	8,6	12,9	9,3	2,0	2,3	11,0	−2,0
	1983	4,6	10,8	3,0	0,7	3,0	11,7	−3,5
Italien	1981	17,8	19,7	−8,6	−2,4	0,1	8,8	−11,7
	1982	16,5	20,3	−5,8	−1,7	−0,3	9,1	−11,9
	1983	14,7	17,9	0,3	0,1	−1,4	10,7	−11,9
Niederlande	1981	6,7	11,5	3,2	2,3	−0,8	9,4	−5,2
	1982	5,9	9,9	3,5	2,5	−1,6	12,7	−7,2
	1983	2,8	8,2	4,1	3,1	1,0	15,4	−6,6
Belgien	1981	8,2	13,8	−5,3	−5,5	−1,1	11,2	−12,6
	1982	8,2	13,4	−3,7	−4,4	1,1	13,1	−11,6
	1983	7,7	11,8	−2,0	−2,4	0,5	14,5	−11,6
Dänemark	1981	11,7	19,2	−1,8	−3,1	0,2	9,2	−7,1
	1982	10,1	20,7	−2,3	−4,1	3,1	9,9	−9,2
	1983	6,9	14,5	−1,2	−2,1	2,5	10,5	−8,2
Griechenland	1981	24,5	17,6	−2,4	−6,5	−0,4	4,0	−10,6
	1982	21,0	15,4	−1,9	−4,9	0	5,8	−8,3
	1983	20,5	18,1	−1,9	−5,2	0,5	7,8	−9,2
Irland	1981	20,5	17,2	−2,2	−12,9	1,6	10,2	−15,8
	1982	17,1	16,9	−0,7	−4,0	1,2	12,3	−16,2
	1983	10,5	13,9	0,3	1,7	−0,2	14,7	−13,4
Luxemburg	1981	8,1	13,8	1,1	28,5	−1,8	1,0	−2,3
	1982	9,4	13,4	1,0	29,9	−1,1	1,2	−1,4
	1983	8,7	9,8	1,2	37,5	−2,4	1,6	−2,3
EG insgesamt[3]	1981	11,1	14,4	−13	−0,6	−0,3	7,8	−5,4
	1982	9,8	13,7	− 9	−0,4	0,5	9,5	−5,4
	1983	7,3	12,0	3	0,1	1,0	10,6	−5,7

1 Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen (Bundesrepublik: mittlere Restlaufzeit von mindestens sieben Jahren).

2 Zentralstaat und nachgeordnete Gebietskörperschaften sowie Sozialversicherungen in der Abgrenzung des Systems der VGR der Vereinten Nationen (SNA).

3 Durchschnitte ermittelt auf der Basis von BIP/BSP-Gewichten

Quellen: EG Kommission, OECD und nationale Statistiken

Bundesregierung will diesen Konsolidierungsprozeß fortführen, der zwar durch konjunkturbedingt wachsende Steuererträge und einen erneut hohen Bundesbankgewinn von gut 11 Mrd. DMark erleichtert wird, der allerdings auch mittelfristig finanziellen Spielraum für eine Lohn- und Einkommensteuersenkung eröffnet und dessen Tempo durch schwer kalkulierbare Belastungen – beispielsweise von seiten der Europäischen Gemeinschaften – mitbestimmt wird.

Die Geldpolitik der Bundesbank orientierte sich 1983 an dem Ziel, der konjunkturellen Erholung Raum zu geben und zugleich die Stabilität weiter zu fördern[6]. Die deutsche Notenbank verdeutlichte diese Absicht bei der Festlegung des Geldmengenziels für 1983, das wie 1982 wieder einen Anstieg der Zentralbankgeldmenge innerhalb einer Bandbreite von 4 – 7 % im Jahresverlauf vorsah. Sie unterstützte zunächst den in Gang gekommenen Zinssenkungsprozeß, sah sich aber angesichts der über das Ziel hinausschießenden monetären Expansion und der Abschwächung der DMark auf den Devisenmärkten zu zins- und liquiditätspolitischen Korrekturen veranlaßt, so daß das Geldmengenziel für 1983 letztlich zwar ausgeschöpft, aber nicht überschritten wurde. Mit dem Zielkorridor für 1984 von 4 bis 6 % unterstreicht die Bundesbank ihre Absicht, den erzielten Stabilitätsgewinn im Zuge des anhaltenden konjunkturellen Belebungsprozesses zu sichern und möglichst weiter zu vergrößern.

Trotz der günstigeren wirtschaftlichen Perspektiven ist der Zeitbedarf für eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation nicht zu unterschätzen, so daß der Druck auf globale Regelungen zur Umverteilung von Arbeitsplätzen noch zunehmen dürfte. Die Handlungsschwerpunkte für die Wirtschaftspolitik dürften weiterhin in der Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft, der Rückführung des Staatsanteils und einer Förderung der Wettbewerbsfähigkeit liegen.

Großbritannien

Hier kam der Konjunkturaufschwung 1983 nach bewährtem Muster in Gang[7]. Den ersten Anstoß gaben Bau- und Lagerinvestitionen, gefolgt von der Zunahme des privaten Verbrauchs, der von der abrupten Verlangsamung des Preisauftriebs und dem daraus resultierenden Anstieg der Reallöhne profitierte. 1983 stiegen aber auch die staatlichen Anlageinvestitionen, die in den Jahren zuvor erheblich zurückgeblieben waren, allerdings – im Gegensatz zu dem erklärten Willen der britischen Regierung, den Staatssektor noch weiter einzuschränken – das Staatsdefizit erneut aufblähten.

Mit einem „zukunfts- und richtungsweisenden Haushaltsplan"[8] für 1984/85 signalisierte die britische Regierung, daß sie durch eine Politik „der gesunden Finanzen und des ehrlichen Geldes" zur strikteren Angebotspolitik zurückkehren will. Wesentliches Merkmal des – insgesamt aufkommensneutralen – Haushalts ist seine Einbettung in ein graduelles mittelfristiges fiskal- und geldpolitisches Stabilisierungskonzept, dessen Eckdaten als Zielprojektionen für die nächsten fünf Jahre mit vorgelegt wurden. Der größte Stabilisierungs-

Sprung soll schon im Finanzjahr 1984/85 durch Senkung des staatlichen Nettokreditbedarfs auf 2 1/4 % des BIP (nach 3 1/4 % in 1983/84) erfolgen. Beim Geldmengenwachstum ist ein linearer Abbau der Zielkorridore um jeweils 1 % jährlich vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser wirtschaftspolitische Kurs ein sich selbst tragendes dauerhaftes Wachstum gewährleisten und vor allem die nach wie vor steigende Arbeitslosigkeit eindämmen wird.

Dänemark

Auch in diesem Land konnte sich die Wirtschaftslage im Laufe des Jahres 1983 als Folge der z.T. einschneidenden Einkommens- und Haushaltspolitik zügig verbessern. Besonders deutlich fiel die Preisstabilisierung aus; die Inflationsrate ermäßigte sich im Jahresverlauf von 10,6 % im Oktober 1982 auf 5,3 % im Oktober 1983, den niedrigsten Stand seit 1971, und dürfte 1984 bei durchschnittlich 6 % (nach 6,9 % in 1983) liegen. Der budgetwirksame Effekt der restriktiven Maßnahmen war nicht weniger eindrucksvoll, wobei auch die verbesserte Konjunkturlage dazu beitrug, das ursprünglich mit 15 1/2 % des BIP veranschlagte Haushaltsdefizit auf 8,2 % herabzudrücken. Die durch begrenzte Lohnerhöhungen stark gedämpfte Zunahme der Produktionskosten erhöhte den Wachstumsspielraum für Investitionen und Exporte und trug dazu bei, daß sich die Leistungsbilanz, die vor allem durch die enorm hohe Auslandsverschuldung (Ende 1982 ca. 1/3 des BIP) belastet ist, verbesserte. Im ganzen kann die wirtschaftliche Entwicklung optimistisch beurteilt werden, sofern es gelingt, die Schlüsselprobleme der dänischen Wirtschaft[9], die Außenverschuldung und das Haushaltsdefizit, in den Griff zu bekommen. Sorgen bereitet aber auch die nach wie vor überhöhte monetäre Expansion.

Niederlande

Ein realer Zuwachs bei der industriellen Erzeugung, die höhere Auslastung der Kapazitäten und positivere Umsatzerwartungen in den meisten Wirtschaftssektoren signalisieren, daß die Niederlande im zweiten Halbjahr 1983 die konjunkturelle Talsohle hinter sich gelassen haben[10]. Die wichtigsten Impulse für diese Entwicklung gingen jedoch von externen Faktoren aus, während die Binnennachfrage im Gefolge der restriktiven Lohn- und Haushaltspolitik noch rückläufig war. Bei vorherrschender Konjunkturschwäche und anhaltendem Sparkurs der Regierung verlangsamte sich der Preisauftrieb von 5,9 % 1982 auf 2,8 % in 1983. Dagegen spitzte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer weit über dem EG-Durchschnitt liegenden Arbeitslosenquote von nahezu 15 % noch zu. Auf längere Sicht läßt sich diese Arbeitslosigkeit weder unter sozialem noch unter finanziellem Aspekt verkraften.

Frankreich

In dem Konvoi der EG-Länder, die wieder Kurs auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht genommen haben, liegt Frankreich weit zurück. Das Sanie-

rungsprogramm, mit dem die französische Regierung im Zusammenhang mit der Abwertung des Franc im EWS eine endgültige Abkehr von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik vollzog, führte zwar nicht in die vielfach befürchtete Rezession[11], wohl aber zu einer annähernden Stagnation in weiten Bereichen der Wirtschaft. Infolge der steuerlichen Entzugseffekte und der auf höhere Stabilität gerichteten Einkommenspolitik stagnierte der private Verbrauch, und die zurückhaltende Ausgabenpolitik hatte einen spürbaren Rückgang des Staatsverbrauchs zur Folge. Die Unternehmen zeigten angesichts ihrer schlechten Ertragslage und des geringen Handlungsspielraumes, den ihnen die nach wie vor bestehenden Preiskontrollen belassen, wenig Neigung zu Investitionen. Günstig entwickelte sich dagegen der außenwirtschaftliche Bereich, der zur wichtigsten Konjunkturstütze wurde. Insgesamt fiel das Wachstum des Bruttoinlandprodukts mit 0,4 % daher deutlich schwächer aus als im Jahr zuvor (1,6 %).

Im Gegensatz zur deutlichen Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage, die besonders in dem drastischen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits zum Ausdruck kam, hat sich der Preisauftrieb noch nicht genügend abgeflacht. Trotz einkommenspolitischer Stabilisierungsfortschritte, die mit der weitgehenden Aufhebung der faktischen Bindung der Löhne an die vorangegangene Preisentwicklung einhergingen, sowie eines verschärften geldpolitischen Kurses verfehlte die Regierung ihr Inflationsziel von 8 % um immerhin 1 1/2 Prozentpunkte. Ausgesprochen düster ist dagegen der Arbeitsmarkthorizont. Während sich der schwache Konjunkturverlauf bislang in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kaum niederschlug, rechnet die Regierung für das Jahr 1984 mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Die sozialen Unruhen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der tief in roten Zahlen steckenden Stahlindustie machen deutlich, welchen Belastungsproben die „Politik der Strenge“[12] noch ausgesetzt sein dürfte.

Italien

Die italienische Wirtschaft, die Mitte 1983 noch von einer tiefen Rezession geprägt war, weist seit Herbst gewisse Besserungstendenzen auf, die für 1984 wieder ein reales Wirtschaftswachstum erwarten lassen. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an, wobei die Arbeitslosenquote von 10,7 % angesichts des hohen Anteils der sog. Schattenwirtschaft überhöht sein dürfte. Bei der Inflationsbekämpfung konnte die italienische Regierung im vergangenen Jahr mit einer Preissteigerungsrate von knapp 15 % nur einen bescheidenen Teilerfolg verbuchen. Für 1984 strebt sie eine Rückführung des Preisauftriebs auf 10 % an. Da sich der zur Erreichung dieser Zielgröße angestrebte Pakt bei den Sozialpartnern nicht durchsetzen ließ, setzte die Regierung die erforderlichen einkommens- und preispolitischen Maßnahmen, von denen der Entschärfung der automatischen Lohngleitklausel die größte Bedeutung zukommt, im Verordnungswege in Kraft. Nachdem eine fristgerechte Annahme des Gesetzesdekrets am

Widerstand der kommunistischen Fraktion im Abgeordnetenhaus gescheitert war, ist es am 16. April verfallen. Die Regierung hat daraufhin ein neues Dekret erlassen, das im wesentlichen mit dem früheren übereinstimmt. Es bleibt in Kraft, wenn auch die Zweite Kammer des Parlaments bis spätestens 16. Juni 1984 der Vorlage zustimmt[13]. Als unzureichend haben sich bisher alle Anstrengungen erwiesen, das ausufernde Haushaltsdefizit einzudämmen, so daß die Inflationsbekämpfung weiterhin vordringliche Aufgabe der italienischen Notenbank bleiben wird.

Belgien

Die belgische Regierung setzte ihre seit der Abwertung des Franc Anfang 1982 unternommenen Bemühungen zur Überwindung der internen und externen Ungleichgewichte verstärkt fort. Durch partielle Beseitigung der Lohnindexierung und zusätzliche Investitionsanreize verstärkte sie die Ertragsbasis und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, was zu einem wesentlichen Abbau des Leistungsbilanzdefizits beitrug. Schwachpunkte blieben die Binnennachfrage, die Arbeitsmarktlage, der noch unbefriedigende Erfolg bei der Inflationsbekämpfung sowie vor allem das überhöhte Haushaltsdefizit, das die Verschuldung anwachsen läßt, die Finanzmärkte belastet und die andauernde Schwäche des Franc mitverursacht[14]. Eine Fortsetzung der Haushaltssanierung, nicht zuletzt im Interesse einer weiteren zügigen Reduzierung der Auslandsfinanzierung, ist vorrangiges Ziel eines auf drei Jahre angelegten Sparprogramms, das die Regierung noch vor Ablauf ihrer bis Ende März 1984 befristeten Sondervollmachten auf den Weg gebracht hat.

Irland

Auch dieses Land machte 1983 nur geringe Fortschritte in Richtung auf binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Infolge weitgehend stagnierender Konjunktur, struktureller Anpassungen und hohen Bevölkerungswachstums stieg die Arbeitslosigkeit weiter an; sie wird 1984 mit einer Quote von voraussichtlich über 16 % einen neuen Höchststand in der Gemeinschaft ereichen. Irland bleibt in hohem Maße abhängig von der Entwicklung der internationalen Konjunktur, insbesondere von der Wirtschaftsentwicklung seines Haupthandelspartners Großbritannien. Seine internationale Wettbewerbsfähigkeit kann dauerhaft nur gesichert werden, wenn die überhöhten öffentlichen Konsumausgaben und damit das enorme Haushaltsdefizit nachhaltig zurückgeführt werden.

Griechenland

Für das jüngste Mitgliedsland der Gemeinschaft zeichnet sich nach mehrjähriger Konjunkturschwäche für 1984 wieder ein bescheidenes Wachstum ab. Einem nachhaltigen mittelfristigen Wachstum stehen vor allem die sehr hohe Inflationsrate von 20 % in 1983 und die chronischen Leistungsbilanzdefizite im

Wege. Das Schlüsselproblem Griechenlands liegt in der Anpassung der agrarischen Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse eines modernen Industriestaats.

Luxemburg

Strukturprobleme beherrschen weiterhin die Wirtschaftspolitik dieses kleinsten EG-Landes, das durch die Stahlkrise und den Rückgang der Bankenaktivität stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Wirtschaftstätigkeit konnte 1983 auch durch Investitionen in neue Industrien nicht angeregt werden, so daß sich für Luxemburg im Vergleich zu seinen Haupthandelspartnern ein konjunktureller Nachlauf abzeichnet.

Gemeinschaftliche Strategien

Herausragendes Merkmal der Wirtschafts- und Währungspolitik in der Gemeinschaft war im vergangenen Jahr die zunehmende Übereinstimmung der Mitgliedstaaten in der wirtschaftlichen Analyse und über die Prioritäten des wirtschaftspolitischen Handelns. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Erklärungen und Beschlüsse der Gemeinschaftsinstitutionen das Bekenntnis zur Stabilitätspolitik, wie es auf dem Wirtschaftsgipfel von Williamsburg Ende Mai 1983 unter Beteiligung der EG-Vertreter abgegeben worden war. Darin wurden zur „Festigung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit für Wachstum und Stabilität" von der Geldpolitik ein „diszipliniertes nichtinflatorisches Wachstum von Geldmengen sowie angemessene Zinssätze" und von der Finanzpolitik „Disziplin bei den öffentlichen Ausgaben (und ein) Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite" gefordert[15]. Die Auffassung des Europäischen Rates von Athen, „daß die Aussichten für einen nachhaltigen nichtinflatorischen Wirtschaftsaufschwung" verstärkt werden sollten[16], ergänzte der EG-Finanzministerrat im Jahreswirtschaftsbericht 1983 – 1984 mit der Feststellung, daß „die einzelnen europäischen Länder . . . kaum hoffen (können), Stabilisierungserfolge in einen dynamischen Aufschwung umzusetzen, wenn sie dabei unkoordiniert vorgehen"[17].

Im Hinblick auf die wachsende Interdependenz und die daraus resultierende Notwendigkeit zu engerer Abstimmung in der Gemeinschaft schlossen sich die Finanzminister der Ansicht der EG-Kommission an, der Wirtschaftsaufschwung in Europa müsse dadurch weiterentwickelt werden, daß

- der Spielraum zur weiteren Senkung der Zinssätze, soweit die internationalen und heimischen Bedingungen dies zulassen, möglichst ausgenutzt wird,
- die strukturellen Haushaltsdefizite verringert und auf einem niedrigen Niveau stabilisiert sowie die öffentlichen Ausgaben und Steuern umgeschichtet werden (Vorrang von Infrastrukturausgaben zur Erweiterung des Produktionspotentials, Ermäßigung der Steuerbelastung, Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen),
- die gesetzlichen Regelungen überprüft werden, die das Produktionspotential beeinträchtigen,

- direkte Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit ergriffen werden (Berufsausbildung und Umschulung von Jugendlichen, Förderung von Unternehmensgründungen, kostenneutrale Arbeitszeitregelungen) und
- eine konjunkturgerechte Einkommensentwicklung unterstützt wird.

Neben diesen nationalen Handlungsspielräumen, die konzertiert ausgeschöpft werden sollten, sah der Rat auch Raum für gemeinschaftliches Handeln durch

- die Verstärkung der Währungsmechanismen der Gemeinschaft und des abgestimmten Verhaltens der Gemeinschaft bei der Weiterentwicklung des internationalen Währungssystems,
- den Aufbau eines europäischen Potentials in der fortgeschrittenen Technologie und
- die Öffnung des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

In der Jahreswirtschaftsübersicht 1983 – 1984, die den Jahreswirtschaftsbericht begleitet und seine wirtschaftlichen Hintergründe untersucht, machte die EG-Kommission die Grundlinie der wirtschaftspolitischen Strategie der Gemeinschaft deutlich: „Die Zwänge für die makroökonomische Politik können nur durch eine Angebotspolitik, durch einen positiven Anpassungsprozeß und insbesondere durch neue und substantielle Initiativen zur Verstärkung des Binnenmarktes und eine größere monetäre Kohäsion der Gemeinschaft gemildert werden“[18].

In die Diskussion über die wirtschaftspolitische Strategie der Gemeinschaft schaltete sich auch das Europäische Parlament ein, dem mit einem Bericht von Michel Albert und James Ball über „Wege für einen dauerhaften Aufschwung der Europäischen Wirtschaft in den achtziger Jahren“ eine rigorose Diagnose mit weitreichenden Vorschlägen vorlag[19]. Die Untersuchung sieht neben der Inflation vor allem überhöhte Reallöhne und entsprechend niedrige Unternehmensgewinne, zu hohe Staatsdefizite und mangelnde Integrationsfortschritte als Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa an. Die Verfasser empfehlen deshalb eine strikte Fortsetzung des Konsolidierungskurses in den Mitgliedstaaten und eine Neubesinnung auf die gemeinsamen Interessen an der Europäischen Gemeinschaft. Von Ball nicht mitgetragen wird dagegen das gemeinschaftliche Investitionsprogramm, mit dem Albert mittelfristig einen nachhaltigen Aufschwung der europäischen Wirtschaft sichern möchte. Den Vorzug einer solchen gemeinschaftlichen Aktion sieht Albert darin, daß die negativen Zahlungsbilanzfolgen gemeinsamer Maßnahmen nach Berechnungen der Kommission nur etwa halb so hoch wie bei einem isolierten Vorgehen der Mitgliedstaaten wären („Konzertierungsbonus“). Die Wirtschaftslage werde sich dauerhaft verbessern, wenn es gelänge, die Wachstumsrate in der Gemeinschaft drei Jahre lang um jeweils 1 % über die sonst erreichbare Zuwachsrate zu steigern; dies erfordere zusätzliche Investitionen von etwa 15 Mrd. ECU pro Jahr, die durch Gemeinschaftsanleihen finanziert werden könnten. Darüber hinaus könnte eine besondere Erdölabgabe eingeführt werden, die bei ein bis zwei

ECU je Barrel etwa 2 Mrd. ECU einbrächte und sich zur Subventionierung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen verwenden ließe.

In der Aussprache des Parlaments standen sich naturgemäß dirigistische und marktwirtschaftliche Konzepte gegenüber. Insgesamt sprach sich das Parlament, auch wenn es sich den Albert-Plan zur gemeinschaftlichen Finanzierung von Investitionen zu eigen machte, mit großer Mehrheit für einen eher angebotsorientierten Weg aus.

Fünf Jahre EWS

Seit März 1983 durchläuft das EWS eine verhältnismäßig ruhige Phase. Die Voraussetzungen dafür, daß die bisher mit 16 Monaten längste Periode unveränderter Leitkurse (von November 1979 bis März 1981) übertroffen wird, sind durchaus gegeben. Im wesentlichen ist diese relative Stabilität auf die verstärkte wirtschaftspolitische Konvergenz und die zunehmende Tendenz zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in der Gemeinschaft, aber auch auf die Festigkeit des US-Dollar auf den Devisenmärkten zurückzuführen.

Die auf dem Wege zur Konvergenz der Wirtschaftspolitiken erzielten Fortschritte bewertet die EG-Kommission in ihrer Bilanz der letzten fünf Jahre währungspolitischer Zusammenarbeit in Europa als das wichtigste Faktum[20]. Sie stellt dazu einerseits fest, daß

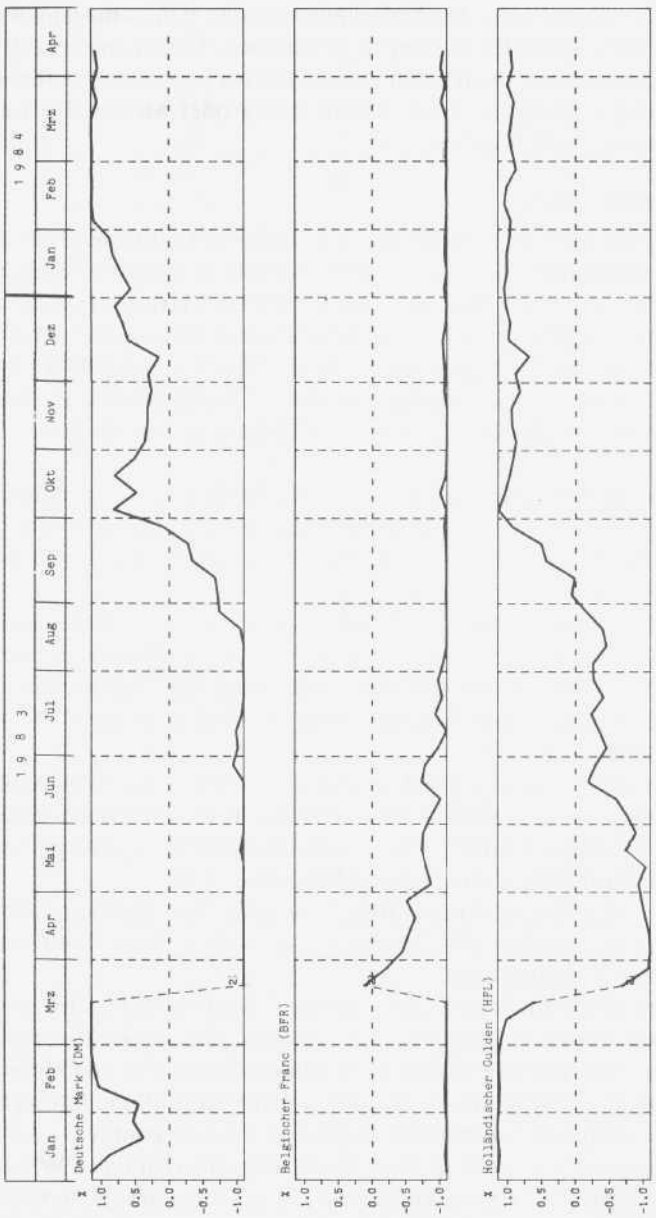
- die großen Leitlinien der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik mit der Anerkennung der Preisstabilität als Richtschnur sich einander angenähert haben,
- die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Währungspolitik im Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten und im Währungsausschuß regelmäßig überprüften und
- derartige Prüfungen seit 1982 auch anläßlich von Wechselkursanpassungen stattfinden und sich in flankierenden Maßnahmen niederschlagen.

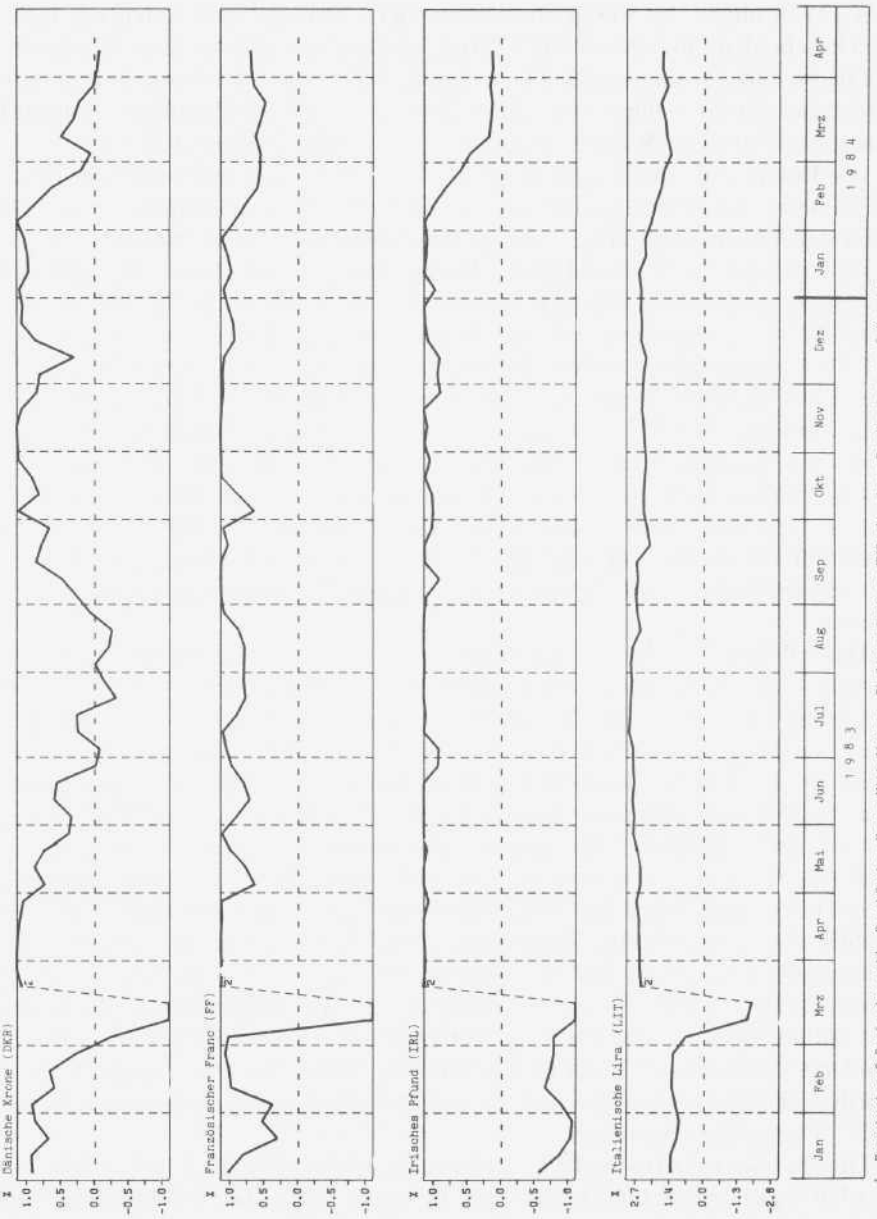
Die Kommission räumt andererseits ein, daß die Konvergenzzwänge des EWS vor allem deswegen begrenzt geblieben sind, weil

- die weiterhin in einigen Mitgliedstaaten bestehenden Beschränkungen des Kapitalverkehrs die Tragweite der monetären Zusammenarbeit eingeschränkt haben und
- wegen der umfangreichen Inanspruchnahme der nicht an wirtschaftspolitische Auflagen geknüpften Kredite auf den internationalen Finanzmärkten die kurz- und mittelfristigen Gemeinschaftsbeistände nicht in Anspruch genommen werden mußten, so daß deren Konditionalität nicht zur Förderung des Anpassungsprozesses eingesetzt werden konnte.

Die Kommission hebt in ihrer Bilanz hervor, daß das EWS zur Verringerung von Wechselkursschwankungen wesentlich beigetragen hat. So lagen von 1979 bis 1983 die durchschnittlichen Schwankungen der Wechselkurse der EWS-Währungen gegenüber der DMark im Monatsvergleich zwischen 0,5 % und 0,8 % und damit erheblich unter der Variabilität von US-Dollar, Yen und

Tabelle 3:
Position der am EWS beteiligten Währungen im Wechselkursverbund[1]





1 Errechnet auf Basis der amtl. Frankfurter Kassa-Mittelkurse. Italien nimmt am EWS mit einer Bandbreite von 6 % teil.
2 Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS mit Wirkung vom 21.03.1983.

Pfund Sterling (2,4 % bis 2,7 %). Dementsprechend gering waren auch die Ausschläge der für den Außenhandel wichtigen gewogenen Außenwerte der EWS-Währungen. Im Vergleich dazu waren die Erfolge beim Abbau der Inflation bescheiden. So hat sich seit 1979 die durchschnittliche Inflationsrate in der Gemeinschaft nur um rund 2 vH verringert. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Preissteigerungsrate als Folge der zweiten Ölpreiskrise zunächst anstieg und erst ab 1982 eine deutlich abnehmende Tendenz aufweist.

Die Instrumente und Regeln des EWS arbeiteten nach Auffassung der Kommission unterschiedlich gut. So fand die ECU wegen ihrer bekannten Nachteile (niedrige Verzinsung, geringe Akzeptanz, mangelnde Konvertibilität und befristete Existenz) nur wenig offizielle Verwendung. Große Bedeutung kam den intramarginalen Interventionen zu, auf die vier Fünftel aller Interventionen von EWS-Zentralbanken entfielen. In der Hauptsache sind Interventionen in US-Dollar ausgeführt worden, die aber geringeren Einfluß auf die Positionen von EWS-Währungen zwischen den Interventionspunkten haben können als Interventionen in EWS-Währungen selbst. Der Divergenzindikator habe viel von seiner Bedeutung eingebüßt und die erhofften Signale oft nicht gegeben. Die Kreditbeistände wurden nicht in Anspruch genommen und konnten daher auch nicht dazu verwendet werden, größeren Druck in Richtung auf frühzeitige wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen auszulösen. Realignments wurden relativ häufig und nicht immer unter idealen Begleitumständen vorgenommen.

Das EWS ist nach Ansicht der Kommission aus verschiedenen Gründen noch unvollständig, denkt man etwa an die begrenzte Mitgliedschaft, an bestimmte Sonderregelungen und an die außerhalb seines Einflusses stattfindende Ausbreitung der privaten ECU-Verwendung. Die Teilnahme des Pfund Sterling hätte den Einfluß der Gemeinschaft in der Diskussion über Fragen des internationalen Währungssystems erhöhen und ein „Gegengewicht" zur DMark schaffen können. Die Koordinierung der Außenwährungspolitik habe Fortschritte gemacht, wenn auch von einer gemeinschaftlichen Politik, vor allem gegenüber dem Dollar, noch nicht die Rede sein könne, und zwar aus Gründen, die sowohl in den USA als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten zu suchen seien. Die rapide Ausdehnung des privaten ECU-Marktes wird als vielversprechende Entwicklung im Hinblick auf den europäischen Währungszusammenhang und die Widerstandskraft des EWS gegenüber externen Störungen gewertet. Ungehinderte Verwendbarkeit der ECU könnte zur Konvergenz beitragen. Die Mitgliedsländer müßten nun zu einer einheitlichen Haltung gegenüber der privaten ECU-Verwendung kommen.

Der EG-Wirtschafts- und Finanzministerrat beurteilte die Fünfjahresbilanz des EWS gleichfalls zufriedenstellend. Er stellte Mitte März 1984 fest, daß das Hauptziel, nämlich eine engere währungspolitische Zusammenarbeit, trotz beispielloser externer Erschütterungen erreicht worden sei. Er werde das System, das noch nicht vollendet sei, im Sinne der EWS-Entschließung von 1978 und

unter Berücksichtigung früherer Kommissionsvorschläge bei günstiger Gelegenheit konkret weiterentwickeln und dabei insbesondere der beachtlichen privaten ECU-Verwendung Rechnung tragen. Dies werde auch einen Beitrag zur Stabilisierung des internationalen Währungssystems leisten[21].

Für den Ausbau des EWS sprach sich erneut das Europäische Parlament aus[22]. In seiner Entschließung von Mitte Februar 1984 greift es eine Reihe früherer Kommissionsvorschläge zur Konsolidierung des EWS auf, die freilich vom Ministerrat sowie vom Währungsausschuß und vom Gouverneursausschuß nicht akzeptiert worden waren[23]. Das Parlament empfiehlt unter anderem, ein „Büro" beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) einzurichten und diesem weitreichende währungspolitische Befugnisse zu übertragen, die wirtschaftliche Konvergenz durch ein – dem Divergenzindikator vergleichbares – Warnsystem zu verbessern, den EFWZ für Zentralbanken in Drittländern zu öffnen und die private Verwendung der ECU zu fördern.

Ausblick

Der im vergangenen Jahr in Gang gekommene Prozeß der konjunkturellen Belebung in der Gemeinschaft verspricht, sich unter dem Einfluß der eingeleiteten Stabilisierungspolitiken und der Erholung des Welthandels fortzusetzen und weiter zu verstärken. Freilich dürfen die Unsicherheitsfaktoren nicht unterschätzt werden, die vor allem von den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgehen. Anhaltend hohe amerikanische Budgetdefizite und entsprechende Fehlbeträge in der US-Leistungsbilanz könnten die Aussichten auf niedrigere Dollarzinsen wieder eintrüben, mit entsprechend nachteiligen Konsequenzen für die Weltwirtschaft.

Auf längere Sicht entscheidend für die Rückkehr zum wirtschaftlichen Gleichgewicht sind allerdings die Eigenleistungen der europäischen Volkswirtschaften. Diese müssen ihre Bemühungen fortsetzen, ihre Produktionsstrukturen anzupassen und deren Schwächen zu beseitigen sowie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beschleunigt zu verstärken, da nur auf diesem Wege eine dauerhafte Lösung des vorrangigen Beschäftigungsproblems gelingen kann. Aus dem Mißerfolg des keynesianischen Konzepts lassen sich, wie in einer Analyse der französischen Wirtschaftspolitik seit 1981 festgestellt wurde, grundsätzliche Folgerungen auch für die Politik in anderen Ländern ziehen: „Konjunkturprogramme, die an den Symptomen ansetzen und nicht an der Investitionsschwäche, der mangelnden Flexibilität der Produktionsstruktur und der unzureichenden Modernisierung der Kapazitäten, sind deshalb zum Mißerfolg verdammt."[24] Gleichzeitig zeige das Beispiel Frankreich, daß ein isolierter Konjunkturaufschwung in einer interdependenten Welt nicht möglich ist.

Die Erkenntnis, daß „the interdependence of the national economies of Europe imposes constraints which have repeatedly thwarted attempts by individual governments to pursue macroeconomic policies inconsistent with those of

their neighbours"[25] ist auch für die währungspolitische Zusammenarbeit in Europa von Bedeutung. Diese gegenseitige Abhängigkeit wird durch die Begrenzung der Wechselkursausschläge im Rahmen des EWS noch verstärkt. Ihr kann freilich nicht in der Weise Rechnung getragen werden, daß die Lasten der gegenseitigen Rücksichtnahme symmetrisch verteilt werden, was schwächere Währungen stabilisieren, stärkere Währungen dagegen schwächen würde. Die häufig erhobene Forderung nach Symmetrie bei der Verteilung der Anpassungslasten ist unvereinbar mit der allein erfolgversprechenden Ausrichtung des EWS auf das Ziel höchstmöglicher Geldwertstabilität. Aus diesem Grunde würden auch Vorschläge zur Einführung eines Konvergenzindikators in die Irre führen, wenn dieser sich, wie von belgischer Seite kürzlich vorgeschlagen, nicht nach einer niedrigstmöglichen Inflationsrate, sondern „nach einer Preissteigerungsrate richten würde, die mit einem dauerhaften ökonomischen Wachstum kompatibel ist". Sofern die Inflationsrate nicht bereits zwangsläufig möglichst niedrig ist, weil nur diese Bedingung dauerhaftes Wachstum verspricht, würde ein solcher Konvergenzindikator erneut das fatale Durchschnittsdenken fördern, an dem die Konvergenz der Wirtschafts- und Währungsbeziehungen in der Gemeinschaft scheitern müßte.

Der aus der gegenseitigen Abhängigkeit erwachsende Zwang der Mitgliedstaaten, Prioritäten und Handeln in ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik enger aufeinander abzustimmen, läßt sich auch nicht dadurch umgehen, daß man entsprechende Befugnisse einer ‚neutralen' supranationalen Instanz überträgt. Institutionelle Lösungen, wie sie etwa das Europäische Parlament mit einem ‚EFWZ-Büro' anstrebt, sind kein Ersatz für Konvergenz. Derartige Einrichtungen sollten der endgültigen Etablierung des EWS vorbehalten bleiben; sie könnten eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Währungsbehörden als Voraussetzung für das weitere zufriedenstellende Funktionieren des Systems nur infragestellen. Darüber hinaus gehen sie von dem Modell einer gemeinschaftlichen Währungsordnung aus, das durch die Verquickung von Notenbank- und Regierungsfunktionen nicht mit dem Status aller Zentralbanken in der Gemeinschaft vereinbar wäre.

Zu den unabdingbaren Voraussetzungen monetärer Integrationsfortschritte gehört unverändert, daß die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft, die festen Wechselkursen bisher im Wege standen, weitgehend und dauerhaft beseitigt werden. Erst dann wird über weitreichende institutionelle Bindungen zu befinden sein, für die der EWG-Vertragsänderungsgesetzgeber eine sichere Rechtsgrundlage bereitstellen muß.

Anmerkungen

1 Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen, Zur Situation der Wirtschafts- und Währungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 18 v. 16. Februar 1984, S. 157ff.

2 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Beihefte A (Konjunkturtendenzen), B (Ergebnisse der

Umfrage bei den Unternehmern) und C (Ergebnisse der Verbraucherumfrage) für Februar und März 1984.

3 Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum April 1983 bis September 1983), Bundestagsdrucksache 10/614 v. 15.11.1983.

4 Jahreswirtschaftsbericht 1983–1984 (Mitteilung der Kommission an den Rat), in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Nr. 18, November 1983.

5 Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 14 v. 4.2.1984, S. 121ff.

6 Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1983, Frankfurt/M. 1984, S. 35ff.

7 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht 14/84, 5. April 1984.

8 „Ein richtungweisendes Budget", von Peter Kulmburg, London, in: Börsen-Zeitung, Frankfurt/M. v. 15. März 1984.

9 National Bank of Denmark's Annual Report for 1983, Introduction Survey, Kopenhagen, 15. März 1984.

10 Ein Jahr des Umschwungs in den Niederlanden, in: Neue Zürcher Zeitung v. 21. Januar 1984.

11 Halbierung des französischen Handelsdefizits, in: Neue Zürcher Zeitung v. 19. Januar 1984.

12 Pariser Belastungsprobe, von Jörg Foshag, Paris, in: Börsenzeitung v. 3. April 1984.

13 Italien durchlebt stürmische Zeiten, in: VWD-Finanz- und Wirtschaftsspiegel v. 4. Juni 1984.

14 Banque de Belgique, Rapports 1983, Bruxelles 1984, S. XXXVIIf.

15 Bulletin der EG, 5/1983, S. 116f.

16 Bulletin der EG, 6/1983, S. 22.

17 Jahreswirtschaftsbericht 1983–1984, a.a.O., S. 32.

18 Jahreswirtschaftsübersicht 1983–1984, in: EG-Kommission, Europäische Wirtschaft, Nr. 18, November 1983, S. 53.

19 Europäisches Parlament, Arbeitsdokument 1983–1984 vom 31. August 1983.

20 Fünf Jahre währungspolitische Zusammenarbeit in Europa, Mitteilung der Kommission an den Rat, KOM(84) 125 endg. v. 6. März 1984.

21 Rat der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung an die Presse, Nr. 5668/84 (Presse 49), Brüssel vom 12. März 1984.

22 Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1983–1984, Dok. 1–1251/83 vom 16. Januar 1984.

23 Vgl. Peter-W. Schlüter, Wirtschafts- und Währungspolitik, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1982, Bonn 1983, S. 122–139, hier S. 137.

24 Lehren aus dem „sozialistischen Experiment" in Frankreich, in: VWD-Finanzen vom 23. März 1984.

25 Anatole Kaletsky, West Europe's Economies. Sink – or swim – together, in: Financial Times v. 5. Dezember 1983.

Weiterführende Literatur

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Bewährungsprobe bestanden? Zum Konvergenzaspekt europäischer Konjunkturpolitik in vier Jahren EWS, in: Wochenbericht 13/83, Berlin, 31. März 1983.

Deutsche Bundesbank, Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, Sonderdruck Nr. 3, Frankfurt 1981.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dokumentation zum Europäischen Währungssystem, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 12, Juli 1982.

Scharrer, Eckart u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Das Europäische Währungssystem. Bilanz und Perspektiven eines Experiments, Bonn: Europa Union Verlag 1983.

Seidel, Martin, Integration der europäischen Währungspolitik? in: List Forum, Bd. 12, 1983/84, Heft 3 (Oktober 1983), S. 145ff.

Sommer-Herberich, Ursula, Probleme der Interventionspolitik am Devisenmarkt unter Berücksichtigung des Europäischen Währungssystems, Frankfurt/M. u.a., Peter Lang 1983.

Währungsausschuß der Europäischen Gemeinschaften, Tätigkeitsberichte, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.